

Das Forum GEGENARGUMENTE empfiehlt eine Veranstaltung der AANO:

Merkels Politik mit Flüchtlingen

**Humanistische Willkommenskultur als globale Interventionspolitik:
Der Türkei-Vertrag und die „Fluchtursachenbekämpfung“ in Afrika**

Vortrag & Diskussion

Referent: Prof. Freerk Huisken (Redaktion GEGENSTANDPUNKT)

**Donnerstag, 09. Februar 2017, 19 Uhr · Universität Hamburg,
Philosophenturm, Von-Melle-Park 6, Hörsaal D**

Nicht nur den Vertrag der EU mit der Türkei zur Flüchtlingspolitik, sondern auch die jüngeren Frontex-Beschlüsse kritisieren die frisch gewonnenen Anhänger der „Willkommenskultur“ vom vorletzten Herbst als ein „Zurückrudern“: Merkel habe sich wieder auf den Standpunkt des „Abschottens“ der europäischen Außengrenzen zurückgezogen und damit denjenigen Staaten Recht gegeben, die ihre innereuropäischen Grenzen gegen Flüchtlinge abdichten – so die Freunde von „refugees welcome“. Umgekehrt applaudieren Rechte und Rechtsradikale – wenngleich erst zaghaft: Es werde ja auch Zeit, dass Merkel die Flüchtlingswelle stoppt und der „Willkommenskultur“, die zur „Umvolkung“ der Deutschen führt, ein Ende bereitet. →

Vortrag & Diskussion

Der Kampf der Linken gegen Rechts

**Wie die Linke sich die rechten Wähler
verständlich macht statt sie zu kritisieren**

**Mittwoch, 1. Februar 2017, 19 Uhr · Centro Sociale,
Sternstraße 2, 20357 Hamburg**

Dass der Linkspartei bei den Landtagswahlen im Osten viele ‚ihrer‘ linken Wähler zu den Rechten übergelaufen sind, hat ihr zu denken gegeben: Stehen ihre Werte und Ziele nicht für das gerade Gegenteil von Nationalismus und rechter Ausländerhetze; für internationale Solidarität mit Armen und Schwachen, Weltoffenheit und Aufklärung? Seitdem erklärt sich die Partei, wie es zu dem radikalen Umschlag politischer Orientierungen hat kommen können und wie sie diese, immer noch ‚ihre‘ Wähler wieder einfangen kann. Ihre ebenso verständnisvollen wie verständnislosen Erklärungen, wie soziale →

Merkels Politik mit Flüchtlingen ... Fortsetzung von Seite 1

*

Dazu ist festzustellen: Wer in dem Vertrag der EU mit der Türkei allein das Abschrecken von Flüchtlingen entdeckt, hat nicht nur den zentralen Gehalt dieses Vertrags verpasst, sondern bereits die „Willkommenskultur“ als Ausdruck deutscher Menschenfreundlichkeit und das deutsche Asylgrundrecht als Instrument selbstloser Flüchtlingshilfe *fehlgedeutet* – egal ob als rechter Kritiker oder als linker Befürworter.

*

Dabei lässt die Kanzlerin keinen Zweifel daran aufkommen, dass sich ihre Absicht, über die Neuregelung der Schengenaußengrenze die „*Flüchtlingszahlen dauerhaft und nachhaltig zu reduzieren*“, nur als *ein* Vertragsbestandteil in die politische Kontrolle der Ägäis-Fluchtroute einfügen soll. Überhaupt will sie Schluss machen mit dem *unkontrollierten* Einsickern von Massen "*illegaler Migranten*“ nach Europa. Dafür soll in einem ersten Schritt der Türkei-Vertrag taugen. Den Erdogan-Staat will sie dafür in die Pflicht nehmen wie neuerdings auch zahlreiche afrikanische Staaten wie Tunesien und Staaten südlich der Sahelzone. Das fällt bei ihr unter „Fluchtursachenbekämpfung“. Und der soll sich auch der G20-Gipfel, der 2017 in Hamburg unter deutscher Leitung stattfindet, zentral widmen.

*

Die Umsetzung so eines Vertrags wie der mit der Türkei geht nicht ohne *Zerwürfnisse* ab: Zum einen, weil *europäische „Partner“* wie Ungarn, Polen, Tschechien etc. nicht gewillt sind, sich über das deutsch-definierte Vertragswerk die Hoheit über ihre nationalen Grenzen weiter beschneiden zu lassen; und zum anderen, weil die *türkische Führung* die Einmischung Europas in ihre innen- und außenpolitische Angelegenheiten nicht ohne Gegenleistungen durch Europa akzeptieren will. In jüngster Zeit eskaliert der Streit zwischen den „NATO-Partnern“: Jede Seite deutet die Ansprüche der anderen Seite fast schon als feindliche Akte.

*

Solche *Konfrontationen* mit – mehr oder weniger – sperrigen Eigeninteressen von Staaten innerhalb und außerhalb Europas schließt die global angelegte Flüchtlingspolitik à la Merkel *zwangsläufig* ein. Diese Politik ist ohne die Reklamation von *Aufsichtsinteressen* über alle Staaten, die von der Flüchtlingskrise „betroffen“ sind, nicht zu haben. Nichts anderes als das hat die Kanzlerin vom Herbst vorletzten Jahres an öffentlich *mitgeteilt*, in ihr Programm *eingebaut*, also *gewollt* und nach innen und außen beharrlich *betrieben*.

Kampf der Linken gegen Rechts ... Fortsetzung von Seite 1

Beschwerden und radikales nationalistisches Beschwerdewesen zusammenhängen, geben allerdings einige Auskunft darüber, warum für Wähler der Linkspartei die rechte Opposition ein Angebot sein kann.

- Der Co-Vorsitzende Riexinger besichtigt einen Nährboden
- Frau Wagenknecht hat Verständnis für die nationalistischen Übergänge, die sie bekämpft
- Ramelow hat das beste Argument gegen Ausländerhass: Wir brauchen die!
- Wagenknecht weiß für den starken Staat einen guten Zweck

(Referenten: Redakteure der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT)

- Anzeige -

GEGENSTANDPUNKT 4-16 erschienen u.a. mit folgenden Themen: · Merkels Land – Der deutsche Imperialismus · Krisenstaat Italien – Von den Fortschritten der Gewerkschaftsbewegung im Zeitalter des Kampfes um Arbeitsplätze · Unsere Ukraine – ein einziger großer Fall von Korruption · Der Kampf der Linken gegen Rechts
ISSN 0941-5831, € 15 · erhältlich im Buchhandel oder direkt beim Verlag www.gegenstandpunkt.com